

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Riefaer Tageblatt.
Gesamt Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 133
Ciccolaffe Riesa Nr. 52.

Nr. 4.

Mittwoch, 6. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 8 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Spalten) 20 Gold-Pfennige; die 32 mm breite Beilezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendetwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Das politische Weltbild am Jahresbeginn. Rückblicke und Aussblicke.

Berlin, Anfang Januar 1926.

Das soeben verfließende Jahr 1925 wird in außenpolitischer Hinsicht durch den Abschluß des Vertrages von Locarno vornehmlich bestimmt — ein Ereignis, dem auch von der Geschichtsschreibung dereinst seine besondere Bedeutung sicherlich einmal beigemessen werden dürfte, wenn auch im Augenblick das eigentliche Ergebnis des neuen Paktes vor allem für Deutschland noch sehr problematisch ist. Brauchte doch die in der ganzen Welt mit größerer Spannung verfolgte Konferenz an dem idyllischen Gestade des Lago Maggiore zum ersten Male nach Abschluß des großen Krieges nahezu alle Großmächte Europas mit einem gleichberechtigten Deutschland an den Verhandlungstisch, und zwar zum Beginn eines Wertes, das letzten Endes nichts anderes ist als der erste Schritt zur Schaffung einer großen europäischen Allianz.

Die Erkenntnis der weltpolitischen Hysterie des westlichen und mittleren Europas, die Erkenntnis von der Machtverschiebung, die auf dem Erdball in den letzten sieben Jahren eingetreten ist, in diesen Jahren, da es der sogenannten „Entente“ nur darauf ankam, die Reparationsfrage unter Dach und Fach zu bringen. In diesen sieben Jahren sind die Schwerpunkte der Weltpolitik ganz sachte von London und Paris weggerückt, sie liegen heute in New York, in Tokio und nicht zuletzt in Moskau. Während es dem unrettbar an den amerikanischen Gläubigern verschuldeten Westeuropa noch immer nicht gelungen ist, den Weltfrieden zu konsolidieren, während der Wirtschaftszersall in Europa gleichmäßig Sieger und Besiegte bedrängt, haben die Vereinigten Staaten von Amerika die Führung an sich gerissen, hat Japan seine Machtphären immer härter erweitert, hat sich vor allem auch Rußland durch seine Expansion nach Osten, die zusammen mit der bolschewistischen Propaganda jetzt bis nach Indien, bis zu der großen Inselgruppe des Stillen Ozeans reicht, die in schmerzhaften Wehen freilegende China durchdringt, eine weltpolitische Position von einer derartigen, die Momente der alten Jarenreichs weit überragenden Hebertenormen geschaffen, der gegenüber Probleme, mit denen sich die Weltmächte heutzutage befassen, fast wie Grottesken wirken.

Unter solchen Voraussetzungen gewinnt die Konferenz von Locarno, die ja nur ein Anfang sein will, erst die Bedeutung, die ihr von weltpolitischen Standpunkt aus zukommt. Sie ist das erste Anzeichen beginnender Neuorientierung in den Staaten, die bisher die Führer der Weltpolitik zu sein sich anmaßten, und die nun auf Grund der eingetretenen machtpolitischen Verschiebungen sich umzuorientieren beginnen. Der Völkerbund, bisher doch fast ausschließliches Machtmittel dieser Staaten, soll durch Hinzutritt Deutschlands erweitert werden. Das Deutschland dieser Schritte im Weltbild, daran ist nach der Unterzeichnung der Verträge von Locarno nicht zu zweifeln. Damit wird die Neugruppierung der Kräftearbeiten in der Weltpolitik vollendet. Amerika und Rußland gehören nicht dem Völkerbunde an und werden es wahrscheinlich auch in Zukunft nicht — entsprechend ihren neuen Machtpositionen, die sie inzwischen bezogen. Zwischen dem Block der mittel- und westeuropäischen Staaten, zwischen dem Interessenkomplex der Sowjetrepublik und zwischen Amerika, an dessen Seite noch Japan als Rivale tritt, wird fortan das Spiel der politischen Kräfte sich auszubalancieren haben.

Während so sich ein neues Weltbild zu gestalten beginnt, verharren die Völker des alten Europa unter den vielen und großen Sorgen, die ihre Staatswesen bedrücken, fast alle in extrem nationalstischer Selbstbeschränkung oder teils in freiwilliger, teils durch nachbarlichen Druck erzwungenen Kontinentalen Einstellung. Alle diese Tendenzen bedingen denn auch die Tatsache, daß fast in keinem Lande Zielklarheit der Außenpolitik vorhanden ist, selbst nicht in England. Die Unsicherheit der Regierungsverhältnisse, ebenfalls ein Ausdruck der inneren Schwierigkeiten, trägt in gleicher Weise dazu bei. Wichtigster Präzedenzfall außenpolitischer Einstellungen ist bisher fast stets der Orient mit seinen zahllosen Interessensphären gewesen. Das Jahr 1925 hat in diesem Teil der Erde keine Beruhigung, seinen Bergleich der verschiedenen Anliegen gebracht. Die Interessen Englands und Frankreichs kreuzen sich hier in aller Weise, sie sind, was Rußland und Syrien angeht, auch im hohen Maß des Völkerbundes kaum angenähert worden. Die Rechnung ist dadurch noch komplizierter geworden, daß eine wiedererstehende Türkei mit dem Sitz ihrer Regierung in Angora in das Gemisch hineingefahren war. Kemal Pascha ist heute unwiderruflich denn je, namentlich Frankreich buhlt um seine Gunst, während England in einer fröhlichen Türkei mit Recht Gefahr für seine orientalischen Kolonien, von denen Ägypten ja heute kaum noch in vollem Maße zu halten ist, wittert. So waren denn auch dunkle Einflüsse Englands hinter dem Aufstieg der Araber gegen die Angora-Regierung spürbar und erst in den letzten Tagen hat ja die Besprechung Chamberlains-Mustafas die wahre Einstellung Englands gegen die Türkei ergeben. Wie schwierig die orientalische Frage für die europäischen Mächte geworden ist, zeigen die beiden Kolonialkriege, die zu beendigen Frankreich noch immer nicht imstande ist. Der Aufstieg Abd el Krim in Marokko, der ja auch Spanien ein ewiger Alp bedeutet, und der mit höchster Grausamkeit seitens der französischen Militärs geführte Kampf gegen Syrien. Im Orient bleibt also der Weg, den die Entwicklung nehmen wird, noch völlig unerkennbar. Vielleicht wird einmal eine durch den gesamten

Islam erhaltene Türkei der große Pufferstaat zwischen der Sowjetrepublik und dem alten Europa, oder der Bolschewismus nimmt sie sich als Verankerung seiner Machtphären. Sind doch gerade der Orient und mit ihm vor allem auch der Balkan härteste Angriffsflächen der bolschewistischen Propaganda. Wie krisenhaft in den dortigen Ländern die Zustände sind, haben die Ereignisse des letzten Jahres deutlich gezeigt: der kommunistische Aufstand in Bulgarien, der Militärputsch in Griechenland, die Spannung zwischen beiden Ländern, der Verfall der Wirtschaft in Rumänien, dessen besarabischer Besitz ja eigentlich ewig Kriegsgefahr mit Rußland bedeutet. Man sieht, welche Bedeutung der Süd-Ost-Raum für eine spätere politische Auseinandersetzung der Weltmächte haben kann!

Gegenwärtig interessant und bedeutungsvoll ist die Konstellation der Kräfte an der Dardanellen-Inseln, dessen politisches Wollen an diesen Stellen sich immer noch im Lichte der Sphäre hat verbergen können. Rumänien gibt den Übergang zur sogenannten Handhaatengruppe; Rumänien führt über die Icherholowaki, Polen nach dem Baltikum, nach Litauen, Lettland, Estland und Finnland. Es hat auch im letzten Jahre nicht an den verschiedensten Bemühungen gefehlt, alle diese Staaten unter dem Ziele der einheitlichen Front gegen Rußland zu einer Art Handhaatenbund zusammenzuführen. Aber alle Bemühungen sind in akademischen Unterhaltungen heden geblieben, wenn nicht doch noch irgend ein Wirtschaftsvertrag zwischen einzelnen der Beteiligten herausgekommen ist. Die Gegensätze zwischen allen diesen Staaten sind doch viel zu groß, um auch nur ein einheitliches Wollen zu ermöglichen. Hinzu kommen auch hier vielfach sehr starke wirtschaftliche Schwierigkeiten, namentlich in Polen, die alles andere als dazu geeignet sind, die außenpolitische Stabilität zu erhöhen, die ganz im Gegenteil der bolschewistischen Propaganda den Boden bereiten. England und Frankreich suchen nach wie vor auch in diesen Handhaatengruppen Einfluß zu gewinnen in der Hauptsache ja, um Deutschland nach Rußland abzuriegeln. Ist der französische Einfluß bisher namentlich in Polen rege gewesen, so hat England sich in letzter Zeit für Finnland als vorrangigen Partner gegen die Sowjetunion lebhaft interessiert. Unter der weiteren Auswirkung der Locarno-Verträge kann die Einstellung der östlichen Handhaaten in Zukunft eigentlich klar sein, immer vorausgesetzt, daß sie seitens Rußland keine Ueberraschungen erleben.

In immer stärkerer politischer Bedeutungslosigkeit und damit indirekte Abhängigkeit von den westeuropäischen Machthabern sind die im Weltkrieg neutralen Staaten gefallen. Das Bewußtsein, nicht mehr machtpolitisch mitzuzählen, hat bei ihnen fast überall Fortschritt gemacht. Aus diesem Gedanken heraus sind ja die allgemeinen Abrüstungs-ideen bei ihnen immer härter geworden, das gilt in erster Linie von Holland, Schweden und Dänemark. In ihnen allen ist auch der Zug nach links in immer erheblicherer Maße zu verspüren. Die Sicherheitsfrage spielt ebenfalls eine besondere Rolle, hat sie doch auch zwischen Norwegen und Schweden zu neuen Garantievereinbarungen geführt. Spanien erlebte das Ende der Militärdiktatur, die ihm, abgesehen von der Weiterführung des Marokko-Abenteuers keine besonderen Initiativen brachte. Portugal vegetiert nur noch als der willfährige Trabant Englands. Der Rest der Siegerstaaten ist ebenfalls kaum imstande, das europäische Konzert selbständig, sondern nur zu beeinflussen, auch nicht das Italien, des unberechenbaren Mussolini, das seine innere Macht allerdings immer weiter gestärkt hat. In Jugoslawien und der Icherholowaki hat der Nationalitätenbader die Potenzen staatlichen Machtstrebens lahmgelegt. Und das arme Deutsch-Österreich, dieser Staat, der nicht leben und sterben kann, sieht die gleichen Vorgänge in kleinerem Maßstab. Die Krise, mag sie wirtschaftlich oder politisch sein, ist ja heute im Leben der europäischen Völker nahezu Dauerzustand, nicht zuletzt in Frankreich, dessen Ministerverbrauch gerade im letzten Jahre wieder einmal ganz kolossal war. Vielleicht führt die Entwicklung, die mit dem Vertrag von Locarno einleitet hat, zur Behebung dieses akuten Krisenzustandes, sie muß dorthin führen, soll ihre Richtung überhaupt einen Sinn haben und soll das Ziel der neuen Kräftegruppenierung, dieses in Anbetracht der eingetretenen Verschiebungen ja so notwendige Ziel auch einmal erreicht werden. R. S.

Sprige Darstellungen über den Heereshaushalt.

Berlin. Ueber den Haushaltsentwurf für das Reichsheer sind Mitteilungen verbreitet, die irrige Anschauungen zu erwecken geeignet sind.

Für den Heereshaushalt sind für 1926 64 Millionen mehr angefordert als für 1925. Hiervon entfallen aber zwei Drittel, nämlich 45,5 Millionen auf die allgemeinen Gehaltserhöhungen, die im vergangenen Jahre eingetreten sind. Die im Vertrag von Versailles festgesetzte Zahl der Offiziere, Beamten, Unteroffiziere und Mannschaften hat sich nicht verändert. Die weiteren 18,5 Millionen dienen nicht umfangreichen Anschaffungen an Waffen und Munition, sondern finden ihre Erklärung in der Erhöhung aller Bekämpfungskosten seit dem 1. April 1925. Diese wird auch durch die genannten 18,5 Millionen noch nicht ausgeglichen. Die in der Finanzlage des Reiches begründete Notwendigkeit, zu sparen, hat nicht einmal ungenügende bezügliche der Auffüllung der Waffen und Munition die Möglichkeiten zu erschöpfen, die den Festsetzungen der Interalliierten Militärkontrollkommission entsprechen hätten.

Zum Thronberzcht des Prinzen Carol.

Rom. Die Mailänder Blätter berichten, Prinzessin Elena von Rumänien werde sich direkt zu ihrer Mutter nach Florenz begeben und dann nach Palermo weiterreisen, um an den Feierlichkeiten am Todestage des Königs Konstantin von Griechenland teilzunehmen. Der ehemalige rumänische Schatzminister ist in Mailand eingetroffen. Hinsichtlich der politischen Beziehungen des Prinzen erklärte er in einem Interview, daß dieser mit General Averescu, dem Führer der Opposition, sehr freundschaftliche Beziehungen unterhalte. In Mailand wird die Ankunft eines rumänischen Würdenträgers erwartet, der dem Prinzen den Beschluß des rumänischen Kronrates überbringen soll. Die Blätter verzeichnen auch das Gerücht, daß die Königin-Mutter von Rumänien selbst an den Trauerfeierlichkeiten für die verstorbenen Königin-Mutter von Italien teilnehmen werde, wobei sie mit ihrem Sohne eine Begegnung haben werde.

Doumer begründet seinen Finanzgelehtentwurf.

Paris. Finanzminister Doumer hat gestern den endgültigen Text seines Finanzgesetzes der Kammer unterbreitet. In der Begründung des Entwurfs heißt es: Der Kredit des Staates ist heute schwer erhaltbar. Man kann ihn wiederherstellen dadurch, daß man ein für allemal erklärt, daß nicht von gefährlichen Maßnahmen, die man dem Namen Konsolidierung beilegt, die aber in Wirklichkeit den Namen Bankrott verdienen, die Rede sein kann. Die schwebende Schuld Frankreichs ist nicht nur durch ihr Gewicht erdrückend, sondern doppelt beunruhigend durch ihre Zusammensetzung. Die Baus der nationalen Verteidigung haben dem Schatzamt nur geringe Einnahmen gebracht, es jedoch dazu verurteilt, in einem Zustand unerschütterlicher Unfähigkeit zu leben. Es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, daß das Budgetproblem, das Problem des Schatzamtes und das Problem der Währung unabhängig von einander seien und daß jedes einzelne dieser Probleme durch eine besondere Lösung gerettet werden könne. Kein Anleihenprojekt, keine Stärkung des Kredits kann die Währung in solcher Weise festigen und in Halde die für ein regelmäßiges Wirtschaftsleben unerlässliche Stabilität bringen, wenn eben das Budget nicht vollkommen ausgeglichen ist. Ohne diesen Ausgleich wird das Vertrauen niemals hergestellt werden, und das Vertrauen bedeutet die Stabilisierung der Währung. Wenn der Budgetausgleich die Vorbedingung für die Sanierung der Währung ist, muß das Budget eben gegen eine Bedrohung durch eine unkontrollierte Währung geschützt werden. Der Finanzminister betont den Willen der Regierung, die Grundlage für eine weitgehende Amortisationspolitik, die sich auf alle Elemente der Schulden bezieht, zu legen und in gleicher Weise von den Überbüßen der Einnahmen die Betriebsmittel für eine autonome Amortisationskasse und den Ausgleich des Budgets selbst zu fordern. Das Ziel, das man erstrebe, können erreicht werden durch Sparmaßnahmen, durch Entwicklung des Ertrages der bestehenden Steuern und durch neue Steuerquellen. Was die neuen Steuerquellen anlangt, so möchte sie gestatten, die Bedürfnisse des Schatzamtes zu decken. Sie müßten aber sofort realisierbar sein. Aus diesem Grunde sehe sich die Regierung veranlaßt, im Rahmen der jetzt bestehenden Steuerorganisation die für die augenblicklich nötigen Bedürfnisse erforderlichen Einnahmequellen zu schaffen.

Zur Aufhebung von Militär-Kontrollkommissionen.

Der Leiter der Interalliierten Militär-Kontrollkommission General Bald hat an Generalleutnant v. Dames folgendes Schreiben gerichtet: Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die I.M.K. aufgelassen hat, mit Gültigkeit vom 1. Januar 1926 alle noch bestehenden Kontroll-Zweige, einbezogen die Kontrollposten der neutralen Zone in Frankfurt und Karlsruhe, aufzuheben und einzig, als provisorisch, in Königsberg und München eine Gruppe von zwei interalliierten Offizieren als Abgesandte der Zentrale beizubehalten. Die I.M.K. behält sich die Befugnis vor, diese Abänderung rückgängig zu machen, wenn sie weiterhin es für notwendig befindet. Darnach sind die Kontrollunterstellen in Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg, Karlsruhe und Düsseldorf aufzuheben; in anderen Städten ist die Aufhebung schon vor einiger Zeit erfolgt. Runmehr geht die Haupttätigkeit der Kontrolle auf die Berliner Zentrale über und alle Kontrollhandlungen werden allein von dieser unternommen.

Zur Suspendierung Dr. Lappe's.

Nürnberg. Die Entschließung der Regierung von Mittelfranken, in welcher die Suspendierung Dr. Lappe's verfügt wird, wird in der heutigen Stadtratssitzung verlesen werden. Wie die Nürnberger Zeitung berichtet, heißt es in der Verfügung, für die Entschädigung sei lediglich die Tatsache maßgebend, daß sich in der Führung der städtischen Verwaltung und in der Leitung nach außen Schädigungen ergeben könnten, wenn die einstweilige Suspendierung nicht erfolge. Zu der Frage, ob die Vorunternehmung zu einer eigentlichen Unternehmung führen oder ob das Verfahren eingestellt werde, sei mit der Suspendierung in keiner Weise Stellung genommen worden.